

Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit im Landkreis Germersheim

1. Förderung der Jugendarbeit

Der Landkreis Germersheim fördert, entsprechend seiner Verpflichtung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 11 SGB VIII) und dem Landesgesetz zur Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit (§ 2 Jugendförderungsgesetz), die außerschulische Jugendarbeit.

Die Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII ist ein eigenständiges Sozialisationsfeld neben Erziehung und Bildung in der Familie, Schule und Beruf. Sie bietet insbesondere in den in § 11 Abs. 3 SGB VIII genannten Schwerpunktbereichen Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen für junge Menschen an; sie fördert die aktive Mitwirkung junger Menschen an der Gestaltung ihrer Lebensumwelt.

Wesentliches Merkmal der Jugendarbeit ist die Vielfalt ihrer Inhalte. So ergibt sich aus § 9 Nr. 3 SGB VIII und § 1 Abs. 2 Nr. 1 AGKJHG für die Jugendhilfe im Grunde eine sogenannte geschlechtsdifferente Perspektive, die sie auf das Ziel verpflichtet, die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern. Nach § 2 Abs. 4 Jugendförderungsgesetz entwickelt Jugendarbeit eigenständige Ansätze und Angebote für Mädchen und junge Frauen. Sie leistet mit der Berücksichtigung der besonderen Interessen und Problemlagen von Mädchen und jungen Frauen einen Beitrag zur Stärkung weiblicher Identität und Selbständigkeit und soll damit auf eine Chancengleichheit der Geschlechter hinwirken.

Die Angebote der Jugendarbeit sollen sich gleichermaßen an deutsche und junge Menschen mit Migrationshintergrund richten, zum Abbau von Vorurteilen und zu gegenseitigem Verständnis beitragen (§ 2 Abs. 6 Jugendförderungsgesetz).

1.1 Antragstellung

Antragsberechtigt sind anerkannte Jugendverbände, anerkannte freie und kommunale Träger der Jugendarbeit und sonstige Jugendgruppen. Unter sonstigen Jugendgruppen werden ständig arbeitende Jugendgemeinschaften verstanden, die die Kriterien des § 74 Abs. 1 SGB VIII erfüllen und der rheinland-pfälzischen Rahmenvereinbarung nach §72a SGB VIII vom 23. Januar 2014 beigetreten sind.

Zuschüsse werden nur Teilnehmern und Teilnehmerinnen gewährt, die ihren Wohnsitz im Landkreis Germersheim haben. Betreuende Personen werden unabhängig vom Alter auch dann gefördert, wenn sie außerhalb des Landkreises Germersheim wohnen.

Die festgelegten Zuschüsse sind Höchstbeträge. Der Gesamtzuschuss darf im Einzelfall nicht höher sein als der ungedeckte Aufwand für die betreffende Maßnahme, wobei alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sein müssen.

1.2 Fristen

Der Antrag auf Förderung muss für alle Maßnahmen, die bis zum 31.08. des laufenden Jahres durchgeführt werden, am 30.11. des selben Jahres dem Kreisjugendamt vorliegen. Für alle Maßnahmen, die ab dem 31.08. bis 31.12. des laufenden Jahres durchgeführt wurden, muss der Antrag am 31.03. des Folgejahres dem Jugendamt vorliegen.

Über die Anträge entscheidet die Verwaltung des Jugendamtes im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durch schriftlichen Bescheid, sofern nichts anderes aus diesen Richtlinien hervorgeht.

1.3 Ausschlusskriterien

Nicht gefördert werden interne Feiern und solche Veranstaltungen (Konferenzen, Sitzungen und dergleichen), die dem organisatorischen Aufbau dienen. Veranstaltungen, die berufsfördernd sind religiösen oder parteipolitischen Charakter haben, werden nur dann gefördert, wenn die jugendfördernde Tätigkeit Anlass war und dabei zeitlich überwiegt.

1.4 Kein Rechtsanspruch auf Förderung

Zuschüsse werden ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt.

2. Förderkatalog

- a) Freizeiten und Kinderferienspiele (4.1)
- b) Jugendleiter/innen-Schulungen (4.2)
- c) Bildungsmaßnahme (4.3)
- e) Referententätigkeit (4.4)
- c) Öffentliche Veranstaltungen und Spielfeste (4.5)
- d) Förderung von Projekten (4.6)
- e) Materialien für die Gruppenarbeit (4.7)
- f) Personalkosten für hauptamtliche Fachkräfte für Jugendförderung bei den Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden (5.)
- g) Errichtung von Jugendräumen (6.)

3. Allgemeine Grundsätze für die Förderung von Maßnahmen nach 4.1 bis 4.3

Anträge nach 4.1 bis 4.3 des Förderkataloges müssen unter der Verwendung der Vordrucke des Kreisjugendamtes gestellt werden. Dem Antrag sind beizufügen:

- eine von allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen eigenhändig unterschriebene Teilnahmeliste, wobei betreuende Personen gesondert zu kennzeichnen sind;
- eine Bestätigung, dass die angegebenen Personen an der Maßnahme teilgenommen haben. Diese Bestätigung kann von der Leitung der Einrichtung, der Bildungsstätte, des Zeltplatzes o.ä. unterzeichnet werden (siehe Rückseite der Vordrucke);
- bei Maßnahmen nach 4.2 und 4.3 ist die inhaltliche Programmfolge beizufügen;
- für je 6 Teilnehmende wird eine Betreuungsperson (Mindestalter 16 Jahre) gefördert. Diese sind im Vordruck entsprechend zu kennzeichnen;

4. Förderrahmen

4.1 Freizeiten und Kinderferienspiele

Freizeiten und Ferienspiele dienen der Entwicklung und Einübung sozialen Verhaltens und vermitteln Freizeithilfen.

Junge Menschen zwischen 18 und 27 Jahren werden nur dann gefördert, wenn sie kein eigenes Einkommen beziehen (Schüler, Studenten, Zivildienstleistende, Wehrdienstleistende, Auszubildende). Ein Nachweis ist vorzulegen.

<u>Mindestteilnehmerzahl</u> :	6 Personen zwischen 18 und 27 Jahren
<u>Dauer</u> :	Mindestens 2 und höchstens 14 Tage von jeweils mindestens 8 Stunden, wobei Fahrtzeiten mit angerechnet werden.
<u>Förderung</u> :	pro Tag und Teilnehmer/in 1,50 € pro Tag und betreuender Person 1,50 € pro Tag und pädag. Betreuer/in (JuLeiCa) 3,00 €
<u>Beantragung</u> :	Vordruck des Kreisjugendamtes

4.2 Jugendleiter/innen-Schulung (JuLeiCa)

Gefördert werden Maßnahmen deren Ziel es ist, Menschen zu befähigen Leitungsaufgaben in der Jugendarbeit wahrzunehmen. Diesem Ziel sollen die Maßnahmen entsprechen und Kenntnisse insbesondere auf folgenden Gebieten vermitteln.

- Lehrinhalte:
- a) Grundlagen zur Entwicklungspsychologie
 - b) Grundlagen zur Gruppenpädagogik
 - c) Leitung von Gruppen, Teamarbeit und Motivation
 - d) Aufsichtspflicht, Haftungs- und Versicherungsrecht von Jugendgruppenleiter/innen
 - e) Organisation, Planung und Durchführung von Veranstaltungen, Freizeiten und Gruppenarbeit
 - f) Grundlagen der Ersten Hilfe
 - g) Konfliktfähigkeit und Konfliktlösung

	h) Themenorientiertes Arbeiten, z.B. Suchtprävention, Partizipation oder geschlechtsbewusster Jugendarbeit
<u>Mindestteilnehmerzahl :</u>	6 Personen ab 15 Jahren
<u>Dauer:</u>	Mindestens 1 Tag und höchstens 10 Tage mit jeweils 6 Stunden Programm
<u>Förderung:</u>	pro Tag und Teilnehmer/in 3,00 € pro Tag und betreuender Person 3,00 €
<u>Beantragung:</u>	Vordruck des Kreisjugendamtes Auflistung der Programmfolge

4.3 Bildungsmaßnahme

Bildungsmaßnahmen dienen der staatsbürgerlichen, sozialpolitischen und kulturellen Bildung der Jugend in Form von Seminaren, Lehrgängen, Studienfahrten, Referaten.

<u>Mindestteilnehmerzahl :</u>	6 Personen zwischen 12 und 27 Jahren
<u>Dauer:</u>	Mindestens 1 Tag und höchstens 10 Tage mit jeweils 6 Stunden Programm
<u>Förderung:</u>	pro Tag und Teilnehmer/in 1,50 € pro Tag und betreuender Person 1,50 € pro Tag und pädag. Betreuer/in (JuLeiCa) 3,00 €
<u>Beantragung:</u>	Vordruck des Kreisjugendamtes Auflistung der Programmfolge

Junge Menschen zwischen 18 und 27 Jahren werden nur dann gefördert, wenn sie kein eigenes Einkommen beziehen (Schüler, Studenten, Zivildienstleistende, Wehrdienstleistende, Auszubildende). Ein Nachweis ist vorzulegen.

4.4 Förderung von Referententätigkeit

Die Tätigkeit von Referenten und Referentinnen, die bei Bildungsveranstaltungen innerhalb des Kreises (Vortrag, Abendveranstaltung, Podiumsdiskussion o.ä.) eingesetzt werden, werden zu 50%, jedoch höchstens mit 50 € unter folgenden Voraussetzungen gefördert:

Der formlose Antrag auf Förderung muss einen Monat nach der Bildungsmaßnahme beim Kreisjugendamt eingehen. Rechnungsbelege sind dem Antrag beizulegen

Pro Veranstaltung ist nur die Förderung der Tätigkeit eines Referenten oder einer Referentin möglich.

4.5 Förderung von öffentlichen Veranstaltungen und Spielfeste

Öffentliche Veranstaltungen und Ferienprogramme, die sich an alle Kinder bzw. Jugendlichen im Kreisgebiet wenden (z.B. Spielfeste, Kinder- und Jugendtage, kulturelle Veranstaltungen) werden unter folgenden Voraussetzungen gefördert:

Der formlose Antrag muss spätestens 8 Wochen nach der Veranstaltung beim Kreisjugendamt eingehen.

Dem Antrag sind das Programm und der Kosten-/Finanzierungsplan beizulegen.

Kosten für Speisen und Getränke werden nicht bezuschusst. Einnahmeüberschüsse vom Verkauf von Speisen und Getränken sind in der Endabrechnung aufzuführen.

Die Höhe des Zuschusses beträgt höchstens 50 % der ungedeckten Kosten, jedoch nicht mehr als 200 €.

4.6 Förderung von besonderen Projekten

Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel werden zur Durchführung von innovativen, modellhaften und präventiven Projekten in der außerschulischen Jugendbildung, Zuschüsse an förderungswürdig anerkannte Jugendverbände, Jugendgruppen und -initiativen, sowie an kommunale und freie Träger gewährt.

Inbesondere gefördert werden:

a) Partizipationsprojekte, d.h. aktive Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen

b) Präventiv und themenbezogenen Projekte (Gewalt, Sucht, Extremismus und Rassismus)

c) Geschlechtsspezifische Projekte der Mädchen- und Jungenarbeit

d) **Inklusive Projekte, d.h. gemeinsame Projekte von beeinträchtigten und nicht beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen**

Der Projektträger hat eine angemessene finanzielle Eigenbeteiligung zu leisten. Der Kreiszuschuss dient zur Schließung einer Finanzierungslücke. Eine Dauerförderung ist ausgeschlossen.

Antragsverfahren

Ein formloser Antrag zur Projektförderung durch den Landkreis Germersheim ist mindestens 2 Wochen vor Beginn der Maßnahme mit der Vorlage einer Konzeption und einem Finanzierungsplan zu stellen.

Spätestens 2 Monate nach Beendigung der Maßnahme ist dem Jugendamt ein Projektbericht und ein Nachweis über Einnahmen und Ausgaben vorzulegen.

Die Höhe des Zuschusses wird durch die Verwaltung des Kreisjugendamtes im Einzelfall festgesetzt.

4.7 Förderung von Materialien für die Gruppenarbeit

vom Kreisjugendamt benötigte Unterlagen:

- formloser Antrag
- Rechnungsbelege, welche bis zum 30.11. des laufenden Jahres einzureichen sind **4.7.1 Kleinmaterialien, audiovisuelle und elektronische Medien**

Für die Beschaffung von Materialien für die Gruppenarbeit (z.B. Werk- und Bastelmaterial, Fachliteratur, Tischspiele, Mediengeräte) wird ein Zuschuss in Höhe von 30 % der als notwendig anerkannten Kosten, jedoch nicht mehr als 200 € jährlich gewährt.

4.7.2 Größere Anschaffungen

Größere Anschaffungen (z.B. Kleinbusse, Werksausstattungen, Boote, Zelte, Medienanlagen) werden nur einmal pro Dachverband bezuschusst und sind über die für den Landkreis zuständigen Jugendzentralen/-zentren oder sonstigen Einrichtungen allen Mitgliedsgruppen zur Verfügung zu stellen.

Die Förderung beträgt bis zu 50 % der aufgewandten Kosten, jedoch nicht mehr als 1.500 €.

Über strittige bzw. unklare Anträge entscheidet der Jugendhilfeausschuss. Die Verwaltung berichtet jährlich dem Ausschuss.

5. Förderung von Personalkosten für hauptamtliche Fachkräfte der Jugendförderung bei den Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden

Grundlage der Förderung ist die Konzeption zur kommunalen Jugendarbeit im Landkreis Germersheim (siehe Anlage).

Gefördert werden als Fachkräfte:

Staatlich anerkannte Dipl. Sozialarbeiter/innen, Dipl. Sozialpädagogen/innen, Diplom Pädagogen/innen.

In Ausnahmefällen und mit Zustimmung des Jugendamtes:

Staatlich anerkannte Erzieher/innen mit Berufserfahrung in der Jugendarbeit, Fachhochschul- und Hochschulabsolvent/innen mit Studienabschluss in einem einschlägigen Fachgebiet.

Voraussetzung der Förderung

Die Verbandsgemeinde bzw. verbandsfreie Gemeinde ist Trägerin der Maßnahme. Nach Abstimmung mit dem Jugendamt kann die Trägerschaft der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde auch von Trägern der freien Jugendhilfe übernommen werden. Gefördert werden Vollzeitstellen oder Teilzeitstellen, die zusammen eine Vollzeitstelle ergeben. Stundenreduzierungen sind nur in Absprache mit dem Jugendamt möglich.

Sind diese sowie die fachlichen Voraussetzungen erfüllt, gewährt die Kreisverwaltung einen Zuschuss zu den Personalkosten von 50 % je Fachkraft entsprechend bis zu S 11, Stufe 6 TVöD-SuE. Bei Einstellung einer weiteren Fachkraft in Voll- bzw. Teilzeit gewährt die Kreisverwaltung einen pauschalen Zuschuss zu den Personalkosten von 5.113 € bzw. 2.556 €.

Die Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden, die Personalkostenzuschüsse erhalten, verpflichten sich, die schriftlich vereinbarten Aufgaben gem. SGB VIII durchzuführen und die arbeitstechnischen Rahmenbedingungen zu garantieren.

Der Verwendungsnachweis ist bis zum 15.12. des jeweiligen Haushaltsjahres beim Jugendamt vorzulegen. Danach erfolgt die Endabrechnung.

Die Abgabe eines Jahresberichtes der Jugendpflege aus dem Vorjahr erfolgt bis zum 31.01. des darauffolgenden Jahres beim Jugendamt.

Die Kreisverwaltung gewährt Abschlagszahlungen, die sich am tatsächlichen Bedarf orientieren.

6. Förderung der Errichtung von Jugendräumen und Jugendheimen

Der Landkreis Germersheim fördert im Rahmen der Jugendförderung den Bau, die Anmietung oder den Erwerb und die Ausstattung von Jugendräumen und Jugendheimen nach Maßgabe des Haushaltsplanes und dieser Richtlinien.

Gefördert werden Neu- und Umbaumaßnahmen, die Anmietung oder der Erwerb eines Gebäudes zur Deckung eines längerfristigen Bedarfs, sowie größere Instandsetzungen, soweit diese zur Erhaltung und Verbesserung der Funktionsfähigkeit dieser Räumlichkeiten erforderlich sind.

Nicht gefördert werden Aufwendungen,

- die dem laufenden Bauunterhalt dienen und

- die der Grundstücksbeschaffung bei Neubauten, den Baunebenkosten, Flächenbegrünung, Außenanlagen, sowie den Erschließungskosten (z.B. Wasser und Elektrizität) zuzurechnen sind.

Ferner wird die Erstausrüstung von Jugendräumen und Jugendheimen gefördert.

1. Die Förderung erfolgt auf schriftlichen Antrag in Form eines Zuschusses. Über den Antrag entscheidet der Jugendhilfeausschuss.
2. Zuschüsse werden nur öffentlich anerkannten Trägern der außerschulischen Jugendbildung sowie Gemeinden und Verbandsgemeinden gewährt.
3. Die Träger müssen sich verpflichten, die Einrichtung mindestens 10 Jahre für Zwecke der Jugendförderung zur Verfügung zu halten. Bei der Anmietung soll ein Mietvertrag auf 10 Jahre geschlossen werden. Wird vor Ablauf der 10 Jahre anstatt des angemieteten Gebäudes ein Gebäude erworben oder erbaut, das im Sinne dieser Richtlinien zuschussfähig ist, wird der bis dahin geleistete Zuschuss mit dem zu gewährenden verrechnet.
4. a) Der Zuschuss beträgt für Baumaßnahmen, bzw. Erwerb 50 % der zuschussfähigen Kosten, jedoch nicht mehr als insgesamt 10.000 € und für die Erstausrüstung 50 % der zuschussfähigen Kosten, jedoch nicht mehr als 2.500 €. Der Zuschuss beträgt für den Mietzins 50 %, jedoch höchstens 1.000 € jährlich. Die Höchstförderungsdauer beträgt 10 Jahre.
b) Zusätzlich wird ein Zuschuss in Höhe von 50% der zuschussfähigen Kosten, jedoch nicht mehr als 5.000 € für Umbau- und Neubaumaßnahmen anlässlich barrierefreier Zugänge gewährt, wie z.B. Rampenanbau, Türverbreiterungen, Aufzug, Behindertentoilette, etc.
5. Der Zuschussantrag ist spätestens bis zum 1. Juli des der voraussichtlichen Ausführung der Maßnahme vorangehenden Jahres vorzulegen. Dem Zuschussantrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
 6. eine Baubeschreibung mit einem Planungsentwurf
 7. bei Baumaßnahmen ein Kostenvoranschlag und ein Finanzierungsplan
 8. Vor der Bewilligung des beantragten Zuschusses darf mit der Maßnahme noch nicht begonnen bzw. Einrichtungsgegenstände dürfen noch nicht angeschafft worden sein.
 9. Ausnahmsweise kann durch die Verwaltung des Jugendamtes einem vorzeitigen Baubeginn, bzw. dem Abschluss eines Mietvertrages zugestimmt werden, sofern es sich um einen dringenden Antrag handelt, dessen Erledigung nicht ohne schwerwiegenden Nachteil für den Antragsteller bis zu der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses, in der über den Antrag entschieden werden darf, aufgehoben werden kann.
 10. Spätestens sechs Monate nach Abschluss der Baumaßnahme, bzw. nach dem Erwerb ist der Schlussverwendungsnachweis vorzulegen. Bei der Anmietung ist jährlich ein Nachweis über geleistete Mietzahlungen vorzulegen. Das Rechnungsprüfungsamt kann beauftragt werden, diese Nachweise zu überprüfen.
 11. Die Auszahlung bei Baumaßnahmen und Erwerb kann in Form von Abschlagszahlungen erfolgen, der Endbetrag erfolgt erst nach Vorlage des Schlussverwendungsnachweises. Bei der Anmietung erfolgt die Auszahlung durch einen einmaligen Betrag am Ende des Kalenderjahres.
 12. Für die Erstattung des Zuschusses gilt Nr. 9 der "Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Gebietskörperschaften und Zweckverbände" (AN Best-K) in der jeweils geltenden Fassung.

7. Inkrafttreten

Diese Richtlinien wurden in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 29.09.2015 beschlossen und tritt ab 01.01.16 in Kraft.